Salzburger Nachrichten

Bürger, die sich empören

1. Oktober 2011 | 11:42 | | Alexandra Parragh |

Nicht nur Prominente aus Politik und Wirtschaft rufen zu Reformen auf.
Auch viele Bürger engagieren sich mittlerweile.

Bild: SN/APA

Das Bildungsvolksbegehren von Hannes Androsch **(www.nichtsitzenbleiben.at)** und das Demokratiebegehren **(www.meinoe.at),** initiiert von dem Team rund um den ehemaligen Salzburger SPÖ-Chef Wolfgang Radlegger, sind zurzeit in aller Munde. Und auch Claus Raidl, dem Präsidenten des Generalrats der Oesterreichischen Nationalbank, wird die (mediale) Aufmerksamkeit sicher sein, falls er tatsächlich, wie kolportiert wird, eine eigene Internetinitiative starten sollte.

Die Altpromis der Politik und der Wirtschaft haben es auch deutlich einfacher als jene Normalbürger, die etwas im Staate Österreich verändern wollen. Dabei gibt es derer gar nicht wenige, wie die Zahl der Bürgerinitiativen beweist. Ein Überblick, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

1. Verwaltungsreform-jetzt – Erst sparen, dann reformieren
Wolfgang Bauer, 64, war als Banker einst für Effizienzsteigerung verantwortlich. Daher ist es kein Zufall, dass gerade er die Initiative www.verwaltungsreform-jetzt.at gründete. Seine Forderung lautet: Bis 2015 fünf Mrd. Euro pro Jahr einsparen, „indem man endlich die Vorschläge von Wifo, IHS und Rechnungshof umsetzt". „Bevor man irgendeine andere Reform andenkt, muss man erst einmal die Schulden abbauen", sagt Bauer im SN-Gespräch.

2. willwaehlen.at – Reform über das Wahlrecht
Das sieht Christoph Bösch, der Initiator von www.willwaehlen.at naturgemäß anders. „Wir müssen das Parteiensystem verändern. Es geht nicht, dass wir alle fünf Jahre unsere Stimme abgeben und dann nicht mehr gefragt werden“, sagt er im SN-Gespräch. Schon bei der letzten Nationalratswahl 2008 rief er deshalb zum „Weißwählen“ auf. Die Bürger sollten wählen gehen, aber keiner Partei ihre Stimme geben. Das sieht Bösch auch heute noch so. Am liebsten ließe er alle Parlamentarier direkt wählen. Die Parteienförderung würde er am liebsten abschaffen. Stattdessen sollte der Bürger entscheiden, wem oder wofür er sein Steuergeld hergebe. Dafür müsste der einzelne Politiker für das, was er macht oder nicht macht, geradestehen.

3. Aktion 21 – Die Vernetzung lokaler Bürgerinitiativen
Herta Wessely und ihrer „Aktion 21“ (www.aktion21.at) geht es hingegen darum, dass Bürger grundsätzlich bei jeder Entscheidung eingebunden sind. Ihre Gruppierung entstand schließlich aus einer klassischen Bürgerinitiative. Wessely und ihre Mitstreiter wehrten sich gegen die Verbauung einer Parkanlage in ihrem Heimatbezirk Wien-Margareten. Nach und nach schlossen sich ihr immer mehr Initiativen an, bis vor zwei Wochen bei einem Treffen in Salzburg die österreichweite „Aktion 21“ ins Leben gerufen wurde. Wie es jetzt genau weitergeht, muss erst entschieden werden. Für Wessely steht aber fest: „Wir müssen uns stärker vernetzen, wenn wir wirklich etwas ändern wollen.“

4. respekt.net – Die Internetplattform für Reformideen Selbst verändern will hingegen die Plattform www.respekt.net nicht. Gründer Martin Winkler und seine vielen Mitstreiter wollen jedoch Raum dafür bieten, damit andere ihre Reformideen entfalten können. Zum Beispiel www.meineabgeordneten.at, eine „Transparenzdatenbank“ für Politiker, die ab Mitte Oktober abrufbar sein wird. Auf ihr sollen alle Informationen über einen Politiker – von Firmenbeteiligungen bis hin zum Abstimmverhalten – gesammelt werden. Andere Projekte, wie ein Videotraining für Asylbewerber, wurden bereits realisiert.

5. Amtsgeheimnis.at – die Transparenzinitiative
Auch das Projekt www.amtsgeheimnis.at, das der Publizist Josef Barth und der Politologe Hubert Sickinger Ende Juni ins Leben riefen, dreht sich um Transparenz. „Bei uns gilt immer noch das Amtsgeheimnis und damit das Prinzip: Alles, was nicht öffentlich ist, ist vertraulich und umgekehrt“, erklärt Barth. Das müsse man ändern. Allerdings betont er auch: „Wir sind keine Wutbürger. Unser Ziel ist, dass es ‚amtsgeheimnis.at’ irgendwann nicht mehr gibt, weil Behördeninformationen offen liegen.“

6. „Reform ohne Tabu“ – 95 Thesen für eine bessere Zukunft Der Blog www.reformohnetabu.at ist eine Weiterführung des gleichnamigen Buchs, das Herbert Paierl, Präsident des ÖVP-nahen „management club“ (MC), kürzlich herausgab. Darin skizzieren 23

Autoren – darunter IHS-Experte Stefan Scheicher oder Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal – 95 Reformthesen, die Österreich zukunftsfit machen sollen. „Mit dem Blog wollen wir Raum für weitere Diskussionen bieten“, erklärt MC-Geschäftsführer und Mitautor Markus Heingärtner.

7. Stammtisch für mutige Bürger

Auch die Journalistin Anneliese Rohrer hat ein Buch geschrieben. „Ende des Gehorsams“ ist ein Aufruf an die Bürger, nicht mehr tatenlos zuzusehen, sondern Politikern die Meinung zu sagen. Sie tut das seit Jahren in ihren Kommentaren und Beiträgen. Seit September organisiert Rohrer einen „Mutbürger-Stammtisch“. Nächster Termin: 10. Oktober. Zu Gast: Ex-Vizekanzler und ÖVP-Chef Erhard Busek, einer der Politpromis, die hinter dem Demokratiebegehren stehen.

© SN/SW